

Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft

Band 86

**Die Urteilspraxis
des nationalsozialistischen
Volksgerichtshofs**

Von
Holger Schlüter



Duncker & Humblot · Berlin

HOLGER SCHLÜTER

Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs

Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft

**Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster durch die Professoren
Dr. Hans-Uwe Erichsen Dr. Helmut Kollhosser Dr. Jürgen Welp**

Band 86

Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs

Von

Holger Schlüter



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schlüter, Holger:

Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volkgerichtshofs /
von Holger Schlüter. – Berlin : Duncker und Humblot, 1995

(Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft ; Bd. 86)

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 1994

ISBN 3-428-08283-4

NE: GT

D 6

Alle Rechte vorbehalten

© 1995 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5383

ISBN 3-428-08283-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat im Sommersemester 1994 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster als Dissertation vorgelegen. Zu danken habe ich zunächst Professor Dr. Marxen für die Betreuung der Arbeit und Professor Dr. Schneider für die Erstellung des Zweitgutachtens. Mein Dank gilt ferner Professor Dr. Welp für die Empfehlung der Arbeit zur Aufnahme in die Reihe der Münsterischen Beiträge zur Rechtswissenschaft. Schließlich möchte ich meinen Dank noch allen Mitarbeitern des Forschungsprojekts zum Volksgerichtshof aussprechen, deren Arbeit in dieses Werk eingeflossen ist.

Münster, im Januar 1995

Holger Schlüter

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Gegenstand und Konzeption der Untersuchung

Erstes Kapitel

Einführung

27

Zweites Kapitel

Der Volksgerichtshof im Umriss

A. Der Volksgerichtshof als Institution	31
I. Das neue Gericht	31
II. Die Gründungsmotive	33
III. Die Chronologie des Volksgerichtshofs	34
B. Geschäftsentwicklung und Entscheidungspraxis	37
I. Die Geschäftsentwicklung beim Volksgerichtshof	37
II. Die Entscheidungen des Volksgerichtshofs	38

Drittes Kapitel

Methodisches Vorgehen

A. Methode	39
B. Material	41
I. Die untersuchten Urteile	41
1. Die Beschränkung der Untersuchung auf eine Stichprobe	41
2. Das zur Verfügung stehende Aktenmaterial	42
3. Die mangelnde Repräsentativität des überlieferten Materials	43
4. Die Ziehung einer quotierten Stichprobe	44

II. Sonstige Materialien	46
C. Datenerhebung und -verarbeitung	46
I. Datenerhebung	46
1. Fallbasis	46
2. Durchführung der Erhebung	47
II. Datenverarbeitung	48
D. Analyseleitende Variablen	49
I. Die Zeitphasen	49
II. Die Verfahrensgruppen	52

Zweiter Teil

Eine erste Darstellung der Urteilspraxis unter wesentlicher Berücksichtigung der zeitlichen Aspekte

A. Die getroffenen Entscheidungen	53
I. Bisherige Darstellungen der Entscheidungspraxis	53
II. Eigene Ergebnisse	54
1. Die Verfahrenseinstellung durch Urteil	55
a) Die rechtlichen Grundlagen der Verfahrenseinstellungen	55
b) Die Anzahl der Einstellungen	56
c) Erklärungsversuch	56
2. Die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	57
a) Die rechtliche Begründung der Freisprüche	57
b) Die Anzahl der Freisprüche	57
c) Die zeitliche Entwicklung	58
d) Erklärungsversuch	59
3. Die Verfahrensbeendigung durch Verurteilung	61
a) Die Verhängung von Hauptstrafen	61
aa) Die in Betracht kommenden Sanktionsarten	62
bb) Der Umgang des Gerichts mit den einzelnen Sanktionsarten ..	62
aaa) Die Todesstrafe	63
bbb) Die Freiheitsstrafe	64
(1) Die Form der Freiheitsstrafe	64
(2) Die Dauer der Freiheitsstrafe	65
cc) Erklärungsversuch	66
aaa) Februar bis November 1937 als Ausnahmephase	66

bbb) August 1934 bis Februar 1944 als Periode stetiger Sanktionsverschärfung	67
ccc) März bis Dezember 1944 als Periode deutlich milderer Sanktionen	70
b) Nebenstrafen und Maßregeln	71
aa) Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	71
aaa) Die rechtlichen Voraussetzungen der Aberkennung	71
bbb) Die Rechtsfolgen der Aberkennung	72
ccc) Der Umfang der Anwendung des § 32 StGB	72
ddd) Erklärungsversuch	72
(1) Die Bedeutung der Nationalität des Verurteilten für die Anwendung des § 32 StGB	72
(2) Der Wandel in der Rechtsprechung im Sommer 1935	75
bb) Die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht	77
aaa) Die rechtlichen Voraussetzungen	77
bbb) Die Wirkungen der Polizeiaufsicht	78
ccc) Der Umfang der Verhängung	78
ddd) Erklärungsversuch	78
cc) Die Sicherungsverwahrung	80
aaa) Die rechtlichen Voraussetzungen	80
bbb) Die Wirkung der Anordnung der Sicherungsverwahrung	80
ccc) Der Umfang der Verhängung	80
ddd) Erklärungsversuch	81
dd) Die Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt	81
B. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung	82
I. Bisherige Darstellungen	82
II. Eigene Erkenntnisse	84
1. Die Urteilsformel	84
a) Die Aufnahme des Sachverhalts in die Urteilsformel	84
b) Die Bezeichnung der Tat	87
c) Die Bezeichnung des Täters	88
d) Die Aufnahme von Strafzumessungsgesichtspunkten in die Urteilsformel	89
e) Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	90
f) Zusammenfassung	90
2. Die Urteilsgründe	91
a) Die Form der Gliederung	91
aa) Die Gliederungstechnik des Volksgerichtshofs	92
bb) Erklärungsversuch	94
b) Die Länge der Urteilsgründe	94
aa) Die Länge der Volksgerichtshofsurteile	95
bb) Erklärungsversuch	96

c) Die Begründung der Strafzumessung	97
aa) Die Nennung von Strafzumessungsargumenten	98
bb) Erklärungsversuch	99
d) Der Sprachgebrauch	99
e) Die Nennung des angewandten Strafgesetzes	101
f) Zusammenfassung	102

Dritter Teil

Eine zusätzlich nach Verfahrensgruppen differenzierte Darstellung der Urteilspraxis

Erstes Kapitel

Bildung von Verfahrensgruppen und Ableitung von Funktionsbeschreibungen

A. Die Notwendigkeit einer Homogenisierung des Untersuchungsmaterials . . .	103
B. Anforderungen an Kriterien zur Gruppenbildung	105
C. Tatvorwurf und politische Zielsetzung als maßgebliche Definitionskriterien .	105
D. Die Definition der einzelnen Verfahrensgruppen	106
I. Die Spionageverfahren	106
II. Die Oppositionsverfahren	107
III. Die Heimatfrontverfahren	107
IV. Die Annexionsverfahren	107
V. Die Sonstigen Verfahren	108
E. Die Bedeutung der einzelnen Verfahrensgruppen für die Urteilstätigkeit des Volkgerichtshofs	108
I. Die Anteile der Verfahrensgruppen an der Gesamttätigkeit des Volkgerichtshofs	108
II. Die Bedeutung der Verfahrensgruppen in zeitlicher Perspektive . .	108
F. Die Charakterisierung des Volkgerichtshofs nach seinen Tätigkeitsschwer- punkten	110
I. Die Einordnung der Tätigkeit des Volkgerichtshofs nach Gesichts- punkten des strafrechtlichen Güterschutzes	110
II. Die vom Volkgerichtshof geschützten Rechtsgüter	110
III. Die Funktionen des Volkgerichtshofs	112

1. Die erste Periode: Die Friedenszeit	112
2. Die zweite Periode: Die Kriegszeit bis Februar 1944	112
3. Die dritte Periode: Die Zeit ab März 1944	112

Zweites Kapitel Die Spionageverfahren

A. Die Verfahrensgruppe: Täter, Taten und Verfahren	113
I. Beschreibung der Gruppe	113
1. Die Täter und ihre Motivation	113
2. Die Nationalität der Angeklagten	116
3. Die Verbindung der Angeklagten zu Organisationen	116
II. Typische Spionageverfahren	117
1. Die Grenzlandbewohner	117
2. Die Fremdenlegionäre	118
3. Die Geheimnisträger	118
4. Die Kommunisten	119
III. Der Umfang der Spionageverfahren und die zeitliche Entwicklung der Gruppe	119
1. Darstellung	119
2. Erklärungsversuch für den Umfang der Erledigungen in den Spionageverfahren	122
B. Die in den Spionageverfahren getroffenen Entscheidungen	123
I. Verfahrensbeendigung durch Freispruch	123
1. Die Anzahl der Freisprüche	123
2. Erklärungsversuch	124
II. Die Verfahrensbeendigung durch Verurteilung	124
1. Die Verhängung der Todesstrafe	124
a) Der Umfang der Verhängung	124
b) Die zeitliche Entwicklung	125
c) Erklärungsversuch	125
2. Die Verhängung von Freiheitsstrafen	130
a) Die Form der Freiheitsstrafe	130
b) Die Dauer der Freiheitsstrafe	130
III. Zusammenfassung	131

C. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung in den Spionageverfahren . . .	131
I. Die Urteilsformel	131
1. Die Aufnahme des Sachverhalts in die Urteilsformel	131
2. Die Bezeichnung der Tat	132
3. Die Bezeichnung des Täters	133
4. Die Aufnahme von Strafzumessungsgesichtspunkten in die Urteilsformel	133
5. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	134
6. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	134
II. Die Urteilsgründe	135
1. Die Form der Gliederung	135
2. Die Länge der Urteilsgründe	136
3. Die Begründung der Strafzumessung	137
4. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	137

Drittes Kapitel Die Oppositionsverfahren

A. Die Verfahrensgruppe: Täter, Taten und Verfahren	138
I. Beschreibung der Gruppe	139
1. Die Täter und ihre Motivation	139
2. Die Nationalität der Angeklagten	139
3. Die Verbindung der Angeklagten zu Organisationen	139
II. Typische Oppositionsverfahren	140
1. Die Fortführung politischer Organisationen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten	140
2. Die Tätigkeit von Emigranten	140
3. Die Unterstützung von Fallschirmagenten	141
4. Die Gründung von Widerstandsgruppen in Betrieben	141
III. Der Umfang der Oppositionsverfahren und die zeitliche Entwicklung der Gruppe	141
1. Darstellung	141
2. Erklärungsversuch für den Umfang der Erledigungen in den Oppositionsverfahren	143
B. Die in den Oppositionsverfahren getroffenen Entscheidungen	144
I. Die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	144

1. Die Anzahl der Freisprüche	144
2. Erklärungsversuch	145
II. Die Verfahrensbeendigung durch Verurteilung	147
1. Die Verhängung der Todesstrafe	147
a) Der Umfang der Verhängung	147
b) Die zeitliche Entwicklung	147
c) Erklärungsversuch	148
aa) Die gesetzlichen Strafraumen	148
bb) Die Ausschöpfung der Strafraumen	150
cc) Die Abhängigkeit der verhängten Sanktion von der Tathandlung	151
2. Die Verhängung von Freiheitsstrafen	153
a) Die Form der Freiheitsstrafe	153
b) Die Dauer der Freiheitsstrafe	154
c) Erklärungsversuch	154
III. Zusammenfassung	155
C. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung in den Oppositionsverfahren.	155
I. Die Urteilsformel	155
1. Die Aufnahme des Sachverhalts in die Urteilsformel	155
2. Die Bezeichnung der Tat	156
3. Die Bezeichnung des Täters	157
4. Die Aufnahme von Strafzumessungsgesichtspunkten in die Urteilsformel	157
5. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	158
6. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	158
II. Die Urteilsgründe	158
1. Die Form der Gliederung	158
2. Die Länge der Urteilsgründe	159
3. Die Begründung der Strafzumessung	160
4. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	161

Viertes Kapitel

Die Heimatfrontverfahren

A. Die Verfahrensgruppe: Täter, Taten und Verfahren	162
I. Die Beschreibung der Verfahrensgruppe	162
1. Die Täter und ihre Motivation	162

2. Die Nationalität der Angeklagten	162
II. Typische Heimatfrontverfahren	163
1. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter	163
2. Die "rechtschaffenen Volksgenossen"	164
3. Die Außenseiter	164
4. Die Geistlichen	165
5. Die Ausländer	165
III. Der Umfang der Heimatfrontverfahren und die zeitliche Entwicklung der Gruppe	166
1. Darstellung	166
2. Erklärungsversuch	167
B. Die in den Heimatfrontverfahren getroffenen Entscheidungen	169
I. Die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	169
1. Die Anzahl der Freisprüche	169
2. Erklärungsversuch	170
II. Die Verfahrensbeendigung durch Verurteilung	172
1. Die Verhängung der Todesstrafe	172
a) Der Umfang der Verhängung	172
b) Die zeitliche Entwicklung	172
c) Erklärungsversuch	173
aa) Die gesetzlichen Strafrahmen	174
bb) Die Ergebnisse der rechtlichen Würdigung	175
cc) Die Abhängigkeit der verhängten Sanktion von der Person des Täters und von der Tathandlung	176
aaa) Die Person des Täters	176
bbb) Die konkrete Tathandlung	178
(1) Die Anzahl der Äußerungen	178
(2) Die Größe des Hörerkreises	179
2. Die Verhängung von Freiheitsstrafen	181
a) Die Form der Freiheitsstrafe	181
b) Die Dauer der Freiheitsstrafe	181
c) Erklärungsversuch	181
III. Zusammenfassung	182
C. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung in den Heimatfrontverfahren.	183
I. Die Urteilsformel	183
1. Die Aufnahme des Sachverhalts in die Urteilsformel	183
2. Die Bezeichnung der Tat	183

3. Die Bezeichnung des Täters	184
4. Die Aufnahme von Strafzumessungsgesichtspunkten in die Urteilsformel	184
5. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	185
6. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	185
II. Die Urteilsgründe	186
1. Die Form der Gliederung	186
2. Die Länge der Urteilsgründe	187
3. Die Begründung der Strafzumessung	188
4. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	188

Fünftes Kapitel
Die Annexionsverfahren

A. Die Verfahrensgruppe: Täter, Taten und Verfahren	189
I. Die Beschreibung der Verfahrensgruppe	189
1. Die Täter und ihre Motivation	189
2. Die Nationalität der Angeklagten	190
3. Die Verbindung der Angeklagten zu Organisationen	190
II. Typische Annexionsverfahren	191
1. Die Unterstützung der Legionen	191
2. Die Unterstützung überregionaler Organisationen	192
3. Der Widerstand auf lokaler Ebene	192
III. Der Umfang der Annexionsverfahren und die zeitliche Entwicklung der Gruppe	193
1. Darstellung	193
2. Erklärungsversuch für den Umfang der Erledigungen in den Annexionsverfahren	194
B. Die in den Annexionsverfahren getroffenen Entscheidungen	195
I. Die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	195
1. Die Anzahl der Freisprüche	195
2. Erklärungsversuch	196
II. Die Verfahrensbeendigung durch Verurteilung	198
1. Die Verhängung der Todesstrafe	198
a) Der Umfang der Verhängung	198

b) Die zeitliche Entwicklung	199
c) Erklärungsversuch	199
aa) Die gesetzlichen Strafraumen	199
bb) Die Veränderung der äußeren Umstände als Ursache der veränderten Sanktionspraxis	200
aaa) Die Einsetzung Heydrichs als stellvertretender Reichsprotector	201
bbb) Das Attentat auf Heydrich	202
ccc) Die veränderte Würdigung des kommunistischen Widerstands	203
2. Die Verhängung von Freiheitsstrafen	205
a) Die Form der Freiheitsstrafe	205
b) Die Dauer der Freiheitsstrafe	205
c) Erklärungsversuch	205
III. Zusammenfassung	206
C. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung in den Annexionsverfahren	206
I. Die Urteilsformel	206
1. Die Aufnahme des Sachverhalts in die Urteilsformel	206
2. Die Bezeichnung der Tat	207
3. Die Bezeichnung des Täters	207
4. Die Aufnahme von Strafzumessungsgesichtspunkten in die Urteilsformel	208
5. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte	208
6. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	209
II. Die Urteilsgründe	209
1. Die Form der Gliederung	209
2. Die Länge der Urteilsgründe	210
3. Die Begründung der Strafzumessung	211
4. Zusammenfassung und Erklärungsversuch	212

Sechstes Kapitel Die Sonstigen Verfahren

A. Die Verfahrensgruppe: Täter, Taten und Verfahren	213
I. Beschreibung der Verfahrensgruppe	213
1. Der Widerstand in den besetzten Westgebieten	213
2. Der Dienst in französischen Streitkräften	214

	Inhaltsverzeichnis	17
3. Die Rüstungssabotage	214
4. Die "Volksverrats"verfahren	214
5. Weitere, systematisch nicht erfaßbare Verfahren	215
II. Der Umfang der Sonstigen Verfahren und die zeitliche Entwicklung der Gruppe	215
B. Die in den Sonstigen Verfahren getroffenen Entscheidungen	216
C. Entscheidungsdarstellung und -begründung in den Sonstigen Verfahren	217

Vierter Teil

Zusammenfassende Würdigung

Erstes Kapitel

Die Urteilspraxis des Volksgerichtshofs

A. Die getroffenen Entscheidungen	218
I. Die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	218
1. Die Gesamtzahl der Freisprüche	218
2. Die Entwicklung der Freispruchsquote	219
a) August 1934 bis Oktober 1941	221
b) November 1941 bis Dezember 1944	221
c) März 1944 bis Dezember 1944	222
II. Die verhängten Sanktionen	222
1. Die Verhängung der Todesstrafe	222
a) Die Gesamtzahl der Todesstrafen	222
b) Die Entwicklung der Todesstrafenquote	223
aa) August 1934 bis August 1939	224
bb) September 1939 bis Oktober 1941	224
cc) November 1941 bis Juni 1942	225
dd) Juni 1942 bis Februar 1944	225
ee) März 1944 bis Dezember 1944	226
2. Die Verhängung von Freiheitsstrafen	227
a) Die Form der Freiheitsstrafe	227
b) Die Dauer der Freiheitsstrafen	227
B. Die Entscheidungsdarstellung und -begründung	228
I. Die Urteilsformel	228
II. Die Urteilsgründe	229

1. Die Form der Gliederung	229
2. Die Länge der Urteilsgründe	229
3. Die Begründung der Strafzumessung	230

Zweites Kapitel

Der Volksgerichtshof - ein Terrorinstrument?	230
---	-----

Benutzte Codierschemata	233
-----------------------------------	-----

Literaturverzeichnis	236
--------------------------------	-----

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Anzahl der vom Volksgerichtshof mit Urteil abgeschlossenen erstinstanzlichen Verfahren und der darin abgeurteilten Personen	37
Tab. 2:	Die erstinstanzlichen Sachentscheidungen des Volksgerichtshofs	38
Tab. 3:	Die Tätigkeit der einzelnen Senate des Volksgerichtshofs bis 1944 nach Halbjahren und Aktenzeichen differenziert	43
Tab. 4:	Die zehnprozentige Stichprobe der Volksgerichtshofsurteile	45
Tab. 5:	Die getroffenen Sachentscheidungen	59
Tab. 6:	Die Zulässigkeit der Todesstrafe nach der im konkreten Fall angewandten Norm	69
Tab. 7:	Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gegenüber zum Tode oder zu Zuchthaus Verurteilten in Abhängigkeit von der Nationalität .	73
Tab. 8:	Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gegenüber zu Todes- oder Zuchthausstrafen Verurteilten deutscher Nationalität	76
Tab. 9:	Die Aufnahme näherer Angaben zum Sachverhalt in die Urteilsformel	85
Tab. 10:	Die Aufnahme tatsächlicher Gründe für die Strafzumessung in die Urteilsformel	89
Tab. 11:	Die Gliederung der Urteilsgründe	93
Tab. 12:	Die durchschnittliche Seitenzahl der sich auf eine Person beziehenden Urteile	96
Tab. 13:	Die durchschnittliche Anzahl genannter Strafzumessungsargumente pro Verurteiltem	98
Tab. 14:	Die Nationalität der Organisationen, mit denen die Angeklagten in Verbindung gebracht werden	116
Tab. 15:	Die absolute Anzahl der Aburteilungen und die Anzahl der Aburteilungen pro Monat in den vier Zeitphasen in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	121
Tab. 16:	Das Ergebnis der rechtliche Würdigung bei Verurteilten, denen in der Anklageschrift Landesverrat gem. § 89 StGB vorgeworfen wird .	126
Tab. 17:	Der Anteil der Verurteilungen, bei denen die im konkreten Fall angewandte Norm die Verhängung der Todesstrafe zuläßt, in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	127

Tab. 18:	Der Anteil der Verurteilungen, bei denen die im konkreten Fall angewandte Norm die Verhängung der Todesstrafe zwingend vorschreibt, in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	128
Tab. 19:	Die Aufnahme näherer Angaben zum Sachverhalt in die Urteilsformel in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	132
Tab. 20:	Die Aufnahme tatsächlicher Gründe für die Strafzumessung in die Urteilsformel in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	133
Tab. 21:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den Spionageverfahren	135
Tab. 22:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den übrigen Verfahren	135
Tab. 23:	Die durchschnittliche Seitenanzahl der sich auf eine Person beziehenden Urteile in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren .	136
Tab. 24:	Die durchschnittliche Anzahl genannter Strafzumessungsargumente pro Verurteilten in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	137
Tab. 25:	Die politischen Organisationen, mit denen die Angeklagten in Verbindung gebracht werden	140
Tab. 26:	Die absolute Anzahl der Aburteilungen und die Anzahl der Aburteilungen pro Monat in den vier Zeitphasen in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	142
Tab. 27:	Der Anteil der Verurteilungen, bei denen die im konkreten Fall angewandte Norm die Verhängung der Todesstrafe zuläßt, in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	149
Tab. 28:	Der Status der Verurteilten in einer Gruppe	152
Tab. 29:	Der Umfang der Betätigung der Verurteilten	153
Tab. 30:	Die Aufnahme näherer Angaben zum Sachverhalt in die Urteilsformel in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	156
Tab. 31:	Die Aufnahme tatsächlicher Gründe für die Strafzumessung in die Urteilsformel in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	157
Tab. 32:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den Oppositionsverfahren	159
Tab. 33:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den übrigen Verfahren	159
Tab. 34:	Die durchschnittliche Seitenzahl der sich auf eine Person beziehenden Urteile in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	160
Tab. 35:	Die durchschnittliche Anzahl genannter Strafzumessungsargumente pro Verurteiltem in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	161
Tab. 36:	Die absolute Anzahl der Aburteilungen und die Anzahl der Aburteilungen pro Monat in den vier Zeitphasen in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	167

Tab. 37:	Der Anteil der Verurteilungen, bei denen die im konkreten Fall angewandte Norm die Verhängung der Todesstrafe zuläßt, in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	174
Tab. 38:	Die zur Anwendung gebrachten Strafgesetze in den Heimatfrontverfahren	175
Tab. 39:	Das Sanktionsverhalten des Volksgerichtshofs in den Heimatfrontverfahren in Abhängigkeit von der politischen Beurteilung der Verurteilten	177
Tab. 40:	Die politische Beurteilung der Verurteilten in den Heimatfrontverfahren	177
Tab. 41:	Das Sanktionsverhalten des Volksgerichtshofs in den Heimatfrontverfahren in Abhängigkeit von der Anzahl der Äußerungen	178
Tab. 42:	Die Anzahl der Äußerungen in den Heimatfrontverfahren	179
Tab. 43:	Das Sanktionsverhalten des Volksgerichtshofs in den Heimatfrontverfahren in Abhängigkeit von der Größe des Hörerkreises	180
Tab. 44:	Die Größe des Hörerkreises in den Heimatfrontverfahren	180
Tab. 45:	Die Aufnahme näherer Angaben zum Sachverhalt in die Urteilsformel in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	183
Tab. 46:	Die Aufnahme tatsächlicher Gründe für die Strafzumessung in die Urteilsformel in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	184
Tab. 47:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den Heimatfrontverfahren	186
Tab. 48:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den übrigen Verfahren	186
Tab. 49:	Die durchschnittliche Seitenzahl der sich auf eine Person beziehenden Urteile in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	187
Tab. 50:	Die durchschnittliche Anzahl genannter Strafzumessungsargumente pro Verurteiltem in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	188
Tab. 51:	Die politischen Organisationen, mit denen die Angeklagten in Verbindung gebracht werden	191
Tab. 52:	Die absolute Anzahl der Aburteilungen und die Anzahl der Aburteilungen pro Monat in den vier Zeitphasen in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	194
Tab. 53:	Der Status der Verurteilten in einer Gruppe	197
Tab. 54:	Der Umfang der Betätigung der Verurteilten	198

Tab. 55:	Der Anteil der Verurteilten, bei denen die im konkreten Fall angewandte Norm die Verhängung der Todesstrafe zuläßt, in den Annexionsverfahren und den übrigen Verfahrensgruppen	200
Tab. 56:	Anteil des tschechischen Widerstandes an den Annexionsverfahren . .	204
Tab. 57:	Anteil des kommunistischen Widerstandes an den Annexionsverfahren	204
Tab. 58:	Die Aufnahme näherer Angaben zum Sachverhalt in die Urteilsformel in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	207
Tab. 59:	Die Aufnahme tatsächlicher Gründe für die Strafzumessung in die Urteilsformel in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	208
Tab. 60:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den Annexionsverfahren	209
Tab. 61:	Die Gliederung der Urteilsgründe in den übrigen Verfahren	210
Tab. 62:	Die durchschnittliche Seitenzahl der sich auf eine Person beziehenden Urteile in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren .	211
Tab. 63:	Die durchschnittliche Anzahl genannter Strafzumessungsargumente pro Verurteiltem in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	211

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Der Anteil der Todesstrafen an den getroffenen Entscheidungen pro Monat	50
Abb. 2:	Die verhängten Sanktionen	63
Abb. 3:	Die Form der verhängten Freiheitsstrafen	64
Abb. 4:	Die durchschnittliche Dauer der zeitigen Freiheitsstrafen in Monaten .	65
Abb. 5:	Die Verteilung der Abgeurteilten auf die Verfahrensgruppen	109
Abb. 6:	Der Anteil der Abgeurteilten in den Spionageverfahren an der Gesamtzahl der Abgeurteilten	120
Abb. 7:	Der Anteil der Freisprüche in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	123
Abb. 8:	Der Anteil der Todesstrafen an den verhängten Sanktionen in den Spionageverfahren und in den übrigen Verfahren	125
Abb. 9:	Der Anteil der Abgeurteilten in den Oppositionsverfahren an der Gesamtzahl der Abgeurteilten	142
Abb. 10:	Der Anteil der Freisprüche in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	144
Abb. 11:	Der Anteil der Todesstrafen an den verhängten Sanktionen in den Oppositionsverfahren und in den übrigen Verfahren	148
Abb. 12:	Der Anteil der Abgeurteilten in den Heimatfrontverfahren an der Gesamtzahl der Abgeurteilten	166
Abb. 13:	Der Anteil der Freisprüche in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	170
Abb. 14:	Der Anteil der Todesstrafen an den verhängten Sanktionen in den Heimatfrontverfahren und in den übrigen Verfahren	173
Abb. 15:	Der Anteil der Abgeurteilten in den Annexionsverfahren an der Gesamtzahl der Abgeurteilten	193
Abb. 16:	Der Anteil der Freisprüche in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	196
Abb. 17:	Der Anteil der Todesstrafen an den verhängten Sanktionen in den Annexionsverfahren und in den übrigen Verfahren	199

Abb. 18:	Der Anteil der Abgeurteilten in den Sonstigen Verfahren an der Gesamtzahl der Abgeurteilten	216
Abb. 19:	Die Verteilung der Abgeurteilten auf die Verfahrensgruppen	220
Abb. 20:	Der Anteil der Freisprüche an den getroffenen Entscheidungen	220
Abb. 21:	Der Anteil der Todesstrafen an den Verurteilungen	223

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
Anm.	Anmerkung
Aufl.	Auflage
BA Berlin	Zwischenarchiv des Bundesarchivs Potsdam in Dahlewitz-Hoppe- garten
BA Koblenz	Bundesarchiv Koblenz
BA Potsdam	Bundesarchiv Potsdam
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
Bl.	Blatt
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
Dok.	Dokument
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Strafrecht
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
Fn.	Fußnote
GA	Goltdammers Archiv
gem.	gemäß
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
Jur.	juristisch
JW	Juristische Wochenschrift

JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
LK	Leipziger Kommentar
LR	Löwe/Rosenberg
M SchrKrim	Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
RGBl.	Reichsgesetzblatt
S.	Seite
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
Tab.	Tabelle
VfZ	Vierteljahrsschrift für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
z.B.	zum Beispiel
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Erster Teil

Gegenstand und Konzeption der Untersuchung

Erstes Kapitel
Einführung

Vom August 1934 bis ins Jahr 1945 urteilte im nationalsozialistischen Deutschland der Volksgerichtshof in politischen Strafverfahren als erste und letzte Instanz. Er verhängte in dieser Zeit mindestens 5234 Todesurteile¹. Kein anderes Gericht in der deutschen Geschichte weist eine ähnlich erschreckende Bilanz auf. Die Filmaufnahmen² von den Prozessen gegen Beteiligte und Mitwisser am Anschlag vom 20. Juli 1944 zeigen Roland Freisler, den Präsidenten dieses Gerichts, als einen Richter, der die Angeklagten niederschreit, beleidigt und von vornherein keinen Zweifel am Ausgang des Verfahrens aufkommen läßt. Gleichwohl wurde im Nachkriegsdeutschland kein Volksgerichtshofsrichter rechtskräftig verurteilt. Der Bundesgerichtshof attestierte dem Volksgerichtshof im sogenannten Rehse-Verfahren sogar, er sei ein unabhängiges Gericht im Sinne des § 1 Gerichtsverfassungsgesetz gewesen³. Dieser Umgang der Justiz mit dem Volksgerichtshof und seinen Richtern rief eine umfangreiche und zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion hervor, die bis heute andauert⁴. Sie führte u.a. 1985 zu einer Bundestagsentschließung⁵, in der der Volksgerichtshof als Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft bezeichnet wurde. In der Literatur finden sich auf Grund der verständlichen Empörung über die Vielzahl der verhängten Todesurteile noch erheblich schärfere Formulierungen. Diese reichen bis zu Begriffen wie "Vernichtungsfeldzug" für das Wirken des Volksgerichtshofs⁶.

¹ Die genaue Anzahl der Todesurteile ist unbekannt, da für das Jahr 1945 keine Tätigkeitsübersicht mehr erstellt wurde. Die bei *Ortner*, *Der Hinrichter*, S. 167 und S. 337 genannte Zahl von 5234 berücksichtigt die Jahre 1934 bis 1936 überhaupt nicht und das Jahr 1945 nur teilweise.

² Die Filme liegen bei der Chronos-Film GmbH in Berlin vor.

³ BGH NJW 1968, S. 1339f.

⁴ Als bisher letzte Arbeit zum Volksgerichtshof und seinem Präsidenten Freisler erschien 1993 von Helmut *Ortner*, *Der Hinrichter*.

⁵ BT-Drucks. 10/2368, S. 2.

⁶ *Wieland*, *Das war der Volksgerichtshof*, S. 100.

Die engagierte Auseinandersetzung mit dem Volksgerichtshof hat inzwischen eine große Vielzahl von Arbeiten hervorgebracht. Sie alle standen jedoch vor dem Problem, daß die genaue Anzahl der durchgeführten Verfahren unbekannt und über den Verbleib der Akten und den Umfang ihrer Überlieferung nur wenig bekannt war. Daher konnten bisherige Untersuchungen, auch wenn sie sehr umfangreiche Bestände an Verfahrensakten auswerten, die Repräsentativität ihres Untersuchungsmaterials und damit auch ihrer Einzelergebnisse für alle Tätigkeitsbereiche des Volksgerichtshofs und für die gesamte Dauer seiner Existenz nicht gewährleisten. Das Bedürfnis nach größer angelegten Untersuchungen wurde laut⁷. Jetzt hat erstmals ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Forschungsvorhaben unter der Leitung von Professor Dr. Marxen systematisch den Verbleib der Volksgerichtshofsakten erforscht. Dabei wurden Aktenbestandteile von über 90% aller abgeschlossenen Verfahren auffindig gemacht. Damit war erstmals die Gelegenheit gegeben, eine Untersuchung mit einer repräsentativen Auswahl von Volksgerichtshofsakten durchzuführen. Die vorliegende Arbeit, die im Rahmen dieses Forschungsprojektes entstand, hat die Urteilspraxis des Volksgerichtshofs zum Gegenstand. Für diesen Teilbereich versucht sie, dem erst jüngst wieder beklagten Mangel an empirisch angelegten und differenzierten Studien zur Justiz im Nationalsozialismus⁸ Rechnung zu tragen. In diesem Sinne soll die Arbeit einen Beitrag zu der allgemeinen Diskussion über die Einschätzung des Volksgerichtshofs leisten. Insbesondere soll überprüft werden, inwieweit sich bereits aus der Urteilspraxis die Einschätzung des Volksgerichtshofs als Terrorinstrument ergibt. Zu erwarten sind dabei auch neue Erkenntnisse für die Beantwortung der Frage, ob dem Volksgerichtshof generell⁹ oder zu bestimmten Zeiten,¹⁰ oder auch nur bestimmten Senaten¹¹ die Gerichtsqualität abzusprechen ist. Die angestrebte intensive Nutzung des äußerst umfangreichen Aktenmaterials erforderte allerdings eine starke Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes. Die allgemeine politische Zielsetzung des Volksgerichtshofs mußte völlig ausgeklammert werden. Das gleiche gilt für die Verfahrenspraxis und die Frage nach der Gültigkeit der angewandten Normen. Ferner war im Bereich der Rechtsanwendung eine starke Einschränkung der Untersuchung notwendig. Daraus ergibt sich, daß das Resultat dieser Arbeit keine abschließende Stellungnahme des Verfassers zur Gerichtsqualität des Volksgerichtshofs darstellt. Die Untersuchung betrifft mit der Urteilspraxis nur einen - allerdings wichtigen - Teilaspekt des Volksge-

⁷ Rüping, GA 1984, S. 306.

⁸ Scheffler/Grabitz/Bästlein, Einführung, S. 10.

⁹ Denzel, KJ 1991, S. 37f., der allerdings einräumt, daß die isolierte Betrachtung der verhängten Sanktionen ein anderes Ergebnis nahelegt.

¹⁰ So die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin in der Anklage gegen Dr. Paul Reimers, in Jahnitz/Kähne, Der Volksgerichtshof, S. 190.

¹¹ Dies hält Rüping, JZ 1984, S. 820, für möglich.

richtshofs. Ihre Ergebnisse sollen Material liefern für zukünftige Bewertungen des Volksgerichtshofs und finden bereits entsprechende Verwendung in den Arbeiten des Forschungsprojekts zum Volksgerichtshof.

Aus der aufgezeigten beschränkten Reichweite des Beitrags ergibt sich, daß auch die Verwendung von Begriffen wie "Gericht" und "Urteil" nicht als Stellungnahme des Verfassers zur Zuerkennung der Gerichtsqualität und zum rechtlichen Bestand der Urteile zu verstehen ist. Die Beibehaltung der Originaltermini erfolgte lediglich aus Gründen sprachlicher Genauigkeit. Von der in Erwägung gezogenen Möglichkeit einer Distanzierung durch die Verwendung von Anführungszeichen mußte abgesehen werden. Konsequenterweise angewendet, hätte sie die nicht zu leistende hunderfache Entscheidung über die Berechtigung von Begriffen erfordert. Setzt man den Begriff "Urteil" zur Distanzierung in Anführungszeichen, so erlangt der Verzicht auf diese Kennzeichnung bei "Gesetz", "Verordnung" und vielen anderen Begriffen eine keinesfalls gewollte Bedeutung.

Wenn im Verlauf der Arbeit Tathandlungen der Angeklagten thematisiert werden, gilt es zu beachten, daß den entsprechenden Feststellungen im Urteil häufig durch Folter erzwungenen Aussagen zugrunde liegen. Ein durchschlagender Einwand gegen die Untersuchung der Urteilspraxis läßt sich daraus aber nicht herleiten. Denn nicht die Feststellung und Bewertung der Handlungen der Angeklagten stellt den Gegenstand der Urteilsanalyse dar, sondern die Frage wie der Volksgerichtshof auf die von ihm unterstellten Taten reagiert hat.

Der Untersuchungsgegenstand der Urteilspraxis wird repräsentativ für die gesamte Dauer der Tätigkeit des Volksgerichtshofs betrachtet. Dabei lassen sich zwei Teilbereiche unterscheiden.

Eine große Bedeutung kommt natürlich dem Inhalt der getroffenen Entscheidungen, also der Verhängung einer Sanktion oder der Nichtverurteilung, zu. Die Härte der vom Volksgerichtshof verhängten Sanktionen stellt eines der wichtigsten und am häufigsten genannten Argumente gegen die Gerichtsqualität des Volksgerichtshofs dar.

Daneben sind aber die Darstellung und die Begründung der Entscheidungen im schriftlichen Urteil zu berücksichtigen. Auch dieser Aspekt der Urteilspraxis wurde in der Vergangenheit häufig zur Bewertung des Gerichts und seiner Urteile herangezogen¹². Die Untersuchung ist insbesondere notwendig, da die bisher publizierten Urteile sich weder zeitlich noch sachlich als repräsentativ erwiesen haben.

¹² Vgl. 2. Teil, B.I.